

Vorfahrt für die Rüstungskontrolle: Stationierung modernisierter US-Atomwaffen aussetzen

Dr. Oliver Meier,

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

*Stellungnahme vor dem Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung,
7. November 2012*

Drei Jahre nachdem die Bundesregierung im Koalitionsvertrag versprochen hat, sich für einen Abzug der in Deutschland noch verbliebenen Atomwaffen einzusetzen, sind wir diesem Ziel kaum näher gekommen. Zwar hat innerhalb der NATO eine kontroverse und offene Debatte über den Sinn und Zweck der nuklearen Teilhabe stattgefunden, im Ergebnis haben sich jedoch diejenigen Verbündeten durchgesetzt, die für eine Beibehaltung des Status quo eintreten. Damit ist zunächst eine Chance vertan worden, die Abschreckungs- und Verteidigungsdoktrin der NATO auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen.

Gleichzeitig planen die USA die Modernisierung aller etwa 500 Atomwaffen der Typen B61-3,-4,-7, und -10. Im Rahmen dieses *Life Extension Program* (LEP) sollen auch die noch in Europa stationierten Sprengköpfe durch neuere Atomwaffen des Typs B61-12 ersetzt werden. Noch sind nicht alle Details des Programms entschieden, die Entwicklung der umstrittenen neuen Steuerung ist aber bereits im Mai ausgeschrieben worden.¹ Sollte das Programm nicht insgesamt beendet werden, dürfte damit feststehen, dass die neuen Waffen zielgenauer sein werden.

Die Pläne für die Stationierung der B61-12 stellen wegen der nach wie vor vorhandenen Meinungsunterschiede und Interessengegensätze über die Rolle von Atomwaffen und wegen der rüstungskontrollpolitischen Folgen eine Hypothek für den Zusammenhalt der Allianz dar. Ein Stationierungsstopp modernisierter Atomwaffen in Europa könnte eine gründliche Diskussion über Umfang, Bedingungen sowie rüstungskontrollpolitische Folgen des LEP ermöglichen und die Ernsthaftigkeit eines Verhandlungsangebots bei den taktischen Atomwaffen gegenüber Moskau untermauern.

Allianzinterne Widersprüche

Mit der Verabschiedung der DDPR ist die Debatte über die Zukunft der nuklearen Teilhabe nicht beendet. Vorhandene Interessengegensätze zwischen wichtigen Allianzmitgliedern bleiben ungelöst. Deutschland bleibt dem Ziel des Abzugs verpflichtet und in der Mehrheit der Stationierungsländer gibt es keine klare parlamentarische Mehrheit für die Beibehaltung der gegenwärtigen Arrangements, geschweige denn für zusätzliche Investitionen in die nukleare Infrastruktur. An der Frage der Modernisierung der in Europa stationierten Atomwaffen sowie der Trägersysteme können allianzinterne Konflikte über die Rolle von Atomwaffen aufbrechen.

Im Rahmen der Diskussionen über die DDPR war die Stationierung der B61-12 in Europa offenbar kein Thema. Die DDPR enthält widersprüchliche Aussagen über die Modernisierung der in Europa stationierten US-Atomwaffen. Einerseits kam die Überprüfung zu dem Schluss,

„dass das Dispositiv der nuklearen Kräfte des Bündnisses gegenwärtig die Kriterien eines wirksamen Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs erfüllt.“² Andererseits verpflichten sich die Bündnispartner, sicherzustellen „dass alle Elemente der nuklearen Abschreckung der NATO solange zuverlässig, sicher und effektiv bleiben, wie die NATO ein nukleares Bündnis bleibt.“³ Eine Notwendigkeit zur Modernisierung lässt sich aus der DDPR jedenfalls nicht ableiten.

Auf Arbeitsebene USA ihre Pläne für die Entwicklung und Stationierung der B61-12 bereits im April 2010 mit den Verbündeten abgestimmt.⁴ Forderungen nach einer politischen Beschlussfassung über die Stationierungspläne umgeht die NATO mit dem (falschen) Argument, dass die B61-12 im Vergleich zu den jetzt stationierten Waffen keine neuen militärischen Fähigkeiten besitze und dem (richtigen) Hinweis, dass sich bei den in Europa stationierten Waffen um Systeme unter amerikanischer Kontrolle und Verantwortlichkeit handele. Natürlich waren und sind Entscheidungen über die *Modernisierung* der eigenen Atomwaffen immer eine nationale Entscheidung der USA (bzw. der anderen Kernwaffenstaaten). Die *Stationierung* neuartiger Atomwaffen in Europa allerdings wurde und wird gemeinsam im Bündnis entschieden und war in der Vergangenheit regelmäßig Gegenstand kontroverser innen- und außenpolitischer Debatten.

Dabei bleibt die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Stationierung von Atomwaffen in Europa und Deutschland eine der zentralen Begründungen für die Mitwirkung Deutschlands an der nuklearen Teilhabe. Die Position der Bundesregierung, das LEP der B61-12 sei „eine nationale Entscheidung der USA und unabhängig von der Frage der Ausgestaltung der Nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO zu sehen“⁵, ist vor diesem Hintergrund entweder das Eingeständnis, dass die nukleare Teilhabe keine Mitsprache mehr gewährleistet oder der Versuch, einer politischen Diskussion über die Folgen der Stationierung auszuweichen.

Der Rüstungskontrolle mit Russland eine Chance

Das auf dem Gipfel von Lissabon verabschiedete Strategische Konzept schreibt fest, dass bei Reduzierungen von taktischen Atomwaffen „die Disparität angesichts der größeren russischen Arsenale an Kernwaffen mit kurzer Reichweite Berücksichtigung finden“ sollte.⁶ Es ist unwahrscheinlich, dass ein auf Reziprozität angelegter Rüstungskontrollprozess schnell zu einer Änderung der NATO-Atomwaffenpolitik führt.

Innerhalb der NATO besteht keine Einigkeit über den Wert von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Noch immer ist unklar, über welche Transparenzmaßnahmen die NATO mit Russland reden will. Selbst die Bedeutung des im Strategischen Konzept hervorgehobenen Prinzips der Reziprozität ist strittig. Die Ausarbeitung eines Angebots an Vertrauensbildenden Maßnahmen, das die NATO Russland unterbreiten will, wird gegenwärtig durch den deutsch-französischen Streit über eine nebengeordnete Frage – die Dauerhaftigkeit des neuen Rüstungsauskontrollausschusses – blockiert. Dies allein ist ein Indiz für den fehlenden politischen Willen der Allianz, bei der Frage der Abrüstung der taktischen Atomwaffen schnell voranzukommen.

Zudem verfolgen die NATO und Russland unterschiedliche Herangehensweisen an die nukleare Rüstungskontrolle in Europa. Russland ist nur bereit, im Rahmen eines umfassenden Dialogs über die Sicherheitsarchitektur in Europa, der auch Probleme der Raketenabwehr und des konventionellen Übergewichts der NATO thematisiert, über die eigenen taktischen Atomwaffen zu reden. Die NATO will demgegenüber über die Diskussion von Transparenz und Vertrauensbildung die politische Verständigung voranbringen um dann weitergehende, themenspezifische Rüstungskontrollmaßnahmen zu vereinbaren.

Im Ergebnis bindet sich die NATO selbst die Hände, wenn sie die Reduzierung der in Europa stationierten US-Atomwaffen von gleichwertigen Schritten Russlands abhängig macht. Zudem werden die russischen Atomwaffen kurzer Reichweite von Relikten des Kalten Krieges zu Trümpfen in künftigen Abrüstungsgesprächen aufgewertet.

In dieser Situation erschwert die geplante Modernisierung der Atomwaffen rüstungskontrollpolitische Fortschritte, indem sie Status quo der nuklearen Teilhabe zementiert. Die Modernisierung der in Europa stationierten Atomwaffen und der Trägermittel könnte zudem von Russland als Provokation wahrgenommen werden. Moskau hat angekündigt, innerhalb der nächsten acht Jahre ca. \$70 Milliarden für die Modernisierung der strategischen Atomwaffen auszugeben. Im Gegensatz zur NATO sind taktische Atomwaffen von diesem Modernisierungsprogramm aber bisher ausgenommen.⁷ Es ist zu befürchten, dass die Stationierungspläne der NATO Russland einen Vorwand bieten, die eigenen, etwa 2.000 einsatzfähigen taktischen Atomwaffen und/oder deren Trägersysteme ebenfalls zu modernisieren. Ein solcher Rüstungswettlauf kann nicht im deutschen Interesse sein.

Schließlich macht sich die NATO global unglaubwürdig, wenn sie einerseits erklärt, dass sie dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt verpflichtet ist und in anderen Regionen für eine Reduzierung der Rolle von Atomwaffen wirbt und andererseits Milliarden in die umfassende Modernisierung des eigenen Atomwaffenarsenals investiert, das nach eigenem Bekunden allein politischen Zwecken dient.

Ein Moratorium als Kompromiss

In dieser Situation kann ein Moratorium bei der Stationierung modernisierter Atomwaffen mehrere Probleme abschwächen.

- Allianzintern schafft ein Moratorium den notwendigen Raum, um die Notwendigkeit und den Umfang der Stationierung sowie die Sicherheitsprobleme der jetzt in Europa stationierten Waffen zu diskutieren. Die Frage nach der Sicherheit der jetzt in Europa stationierten Waffen bleibt dabei auch dann relevant, wenn die USA die Modernisierung der B61-12 aus finanziellen Gründen verschieben oder aufgeben.⁸
- Die Stationierungsstaaten könnten eine Entscheidung über Beschaffung neuer, bzw. die Modernisierung vorhandener Trägersysteme verschieben bis klar ist, ob die Waffen im Rahmen eines Rüstungsabkommen mit Russland abgezogen werden. Deutschland gibt bis 2017 €900 Millionen aus, um den atomwaffenfähigen Tornado in Dienst zu halten und will das Flugzeug bis mindestens 2025 einsatzbereit halten.⁹

Sollten ab 2020 neue Atomwaffen in Europa stationiert werden, ist davon auszugehen, dass weitere Kosten entstehen, um das 30 Jahre alte System in der Luft zu halten.

- Ein vorläufiger Verzicht auf die Stationierung modernisierter Atomwaffen wäre ein Signal an Russland, dass der Abzug der in Europa stationierten Atomwaffen für die Allianz eine ernsthafte Option bleibt. Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der in Europa stationierten Atomwaffen könnte dabei ein Gegenstand des geplanten Gesprächsangebots über Transparenz und Vertrauensbildende Maßnahmen sein.
- Ein Stationierungsmoratorium wäre zudem ein Beitrag zur Stärkung globaler Nichtverbreitungsbemühungen, weil es dem Ziel einer Reduzierung der Bedeutung von Nuklearwaffen Glaubwürdigkeit verleiht.

Das Ziel eines Abzugs der noch in Europa verbliebenen US-Atomwaffen bleibt richtig, weil diese Waffen keinen militärischen Zweck mehr erfüllen, ein Sicherheitsrisiko darstellen, rüstungskontrollpolitische Fortschritte erschweren und weil das System der nuklearen Teilhabe Nichtverbreitungsbemühungen untergräbt. Die vergangenen drei Jahre haben gezeigt, dass in der NATO eine Entscheidung über den Abzug im Moment nicht durchsetzbar ist. Ein Stationierungsstopp modernisierter Atomwaffen ist ein Mittel, um die Widersprüche zwischen dem Ziel einer Reform der NATO-Atomwaffenpolitik und dem Beharrungsvermögen der Allianz zu überbrücken.

Dr. Oliver Meier (oliver.meier@ifsh.de) ist Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (www.ifsh.de) und Internationaler Korrespondent der Arms Control Association (www.armscontrol.org). Informationen über das ACA/BASIC/IFSH-Projekt zur Reduzierung der Rolle taktischer Atomwaffen in der europäischen Sicherheit unter <http://tacticalnuclearweapons.ifsh.de>.

¹ Insgesamt wollen die USA ca. \$1,2 Mrd. für die Entwicklung einer neuen Tail Kit Assembly für alle B61 Bomben investieren. Siehe Sherman, Jason (2012): \$1.2 Billion B61 Tailkit Contest Begins As Nuke Overhaul Effort Passes Key Milestone. InsideDefense.com, 29 May 2012, www.nukewatch.org/media2/postData.php?id=2487.

² NATO: „Überprüfung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO“, Chicago, 19. Mai 2012, Absatz 8, www.nato.diplo.de/contentblob/3528424/Daten/2354619/ChicagoPostureReviewdtDLD.pdf. (Zitiert im folgenden als *DDPR*.)

³ Ebda., Absatz 11.

⁴ General Accounting Office: “Nuclear Weapons. DOD and NNSA Need to Better Manage Scope of Future Refurbishments and Risks to Maintaining U.S. Commitments to NATO”, *GAO-11-387*, Washington, D.C. May 2011, <http://www.gao.gov/new.items/d11387.pdf>, S. 13.

⁵ Antwort auf Große Anfrage der SPD der Abgeordneten Uta Zapf, Dr. Gernot Erler, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD“ BT-Drucksache 17/8843, 29.2.2012, Frage 105.

⁶ NATO (2010): Aktives Engagement, moderne Verteidigung. Strategisches Konzept für die Verteidigung und Sicherheit der Mitglieder der Nordatlantikvertrags-Organisation, von den Staats- und Regierungschefs in Lissabon verabschiedet. Lissabon, 19.11.2011, www.nato.diplo.de/contentblob/2970688/Daten/971427/strat_Konzept_Lisboa_DLD.pdf, Absatz 26.

⁷ Pavel Podvig: „Russia to spend \$70 billion on strategic forces by 2020“, Russian Strategic Nuclear Forces, February 24, 2011, russianforces.org/blog/2011/02/russia_to_spend_70_billion_on.shtml.

⁸ FAKT: „US-Atombomben in Deutschland nicht brandsicher“, 6. November 2011, www.mdr.de/fakt/atombomben100.html. Das B61-12 LEP soll mittlerweile US\$10 Mrd. kosten, eine Kostensteigerung von rund 250% gegenüber den ursprünglichen Planungen Brannen, Kate: „Pentagon More Than Doubles Cost Estimate for B61 Nuclear Bomb“, *Defense News*, July 25, 2012, www.defensenews.com/article/20120725/DEFREG02/307250004/Pentagon-More-Than-Doubles-Cost-Estimate-B61-Nuclear-Bomb?odyssey=nav.

⁹ Otfried Nassauer: „Der Tornado – ein deutscher Nuklearwaffenträger“, BITS Stichwort, Oktober 2012.